



inform

MAGAZIN DER SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

SPD-Fraktion gegen zu hohe Energiepreise

Angesichts extrem hoher und dennoch weiter steigender Energiepreise in Thüringen will die SPD-Fraktion mehr Engagement der Landesregierung.

Die Thüringer Landesregierung müsse alle Möglichkeiten ausschöpfen, etwas gegen die ständig steigende finanzielle Belastung der Verbraucher in Thüringen zu unternehmen. Neben der Analyse des Ist-Zustandes sei eine genaue Ursachenforschung für die Preisexplosion nötig, sagte Dr. Hartmut Schubert, der energiepolitische Sprecher der Fraktion. Die Verbraucher seien am Ende ihrer Belastbarkeit angelangt.

Beispielsweise sei ein Vergleich mit den Kosten in anderen Bundesländern nötig. Einen entsprechenden Antrag, der „verbraucherfreundliche und marktgerechte Energiepreise in Thüringen“ zum Ziel hat, reichte die SPD-Fraktion in der Plenarsitzung im November ein. „Es müssen alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden“, hier voran zu kommen, sagte Christoph Matschie im Vorfeld der Sitzung und verwies auf die hohen Gewinne, die die Energieunternehmen in den zurückliegenden Monaten eingefahren hätten. Insofern sei die Kostenexplosion noch weniger erklärbar.

Im Namen der Fraktion fordert Matschie eine Entscheidung der Landesregierung, ob das Land künftig die Kontrolle der Thüringer Stromnetz- und Gasnetzbetreiber mit weniger als 100 000 Anschlüssen



Strom muss bezahlbar bleiben: Die SPD-Fraktion fordert mehr Kontrolle der Energieversorgungsunternehmen in Thüringen.

selbst unternimmt oder ob damit die Bundesnetzagentur beauftragt wird. Hintergrund sind die so genannten Netznutzungsentgelte, die von den Energieunternehmen entrichtet werden müssen. Schubert sprach sich dafür aus, dass das Land das Angebot des Bundes nutze - für eine eigene Regulierungsbehörde sei Thüringen zu klein.

Matschie kündigte zudem an, dass sich die SPD-Fraktion vehement für die Beibehaltung der bisherigen Förderung der Verbraucherzentrale Thüringen durch das Land einsetzt. Mit 200 000 Euro pro Jahr im Doppelhaushalt 2006/2007, statt wie bisher einer Million Euro pro Jahr, stünde die Verbraucherzentrale faktisch vor dem Aus. Auch vor dem Hintergrund ständig steigender Energiepreise könne dies nicht hingenommen werden.

Aufgaben energisch und kraftvoll anpacken

Die Regierungskoalition in Berlin muss schnell und kraftvoll die anstehenden Aufgaben anpacken. Dazu gehören der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Sicherung stabiler Sozialsysteme, der Abbau der Verschuldung und eine klare Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern. Die Sozialdemokraten müssen ihre ganze Kraft investieren, um mit einer erfolgreichen Regierungsarbeit und verlässlicher Politik das Vertrauen der Bürger zu gewinnen.

Die SPD muss in der neuen Regierungskoalition aber darüber hinaus deutlich machen, wofür sozialdemokratische Politik steht. Neben neuen Chancen am Arbeitsmarkt geht es uns vor allem um die soziale Balance und stabile Sicherungssysteme, eine Chancen eröffnende Bildungspolitik und starke Kommunen. Damit sind auch wesentliche Ziele für die Arbeit der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag beschrieben.

Bildung bestimmt über die beruflichen Chancen. Deshalb wollen wir, dass Kinder frühzeitig die Anregungen bekommen, die sie für eine gute Entwicklung brauchen. Und deshalb kämpfen wir gegen die Einschnitte bei der Kindergartenfinanzierung durch die so genannte Familienoffensive der CDU-Landesregierung.

Bessere frühkindliche Bildung und bessere schulische Förderung sind dringend notwendig, wenn wir die hohe Zahl an Schulabgängern ohne Abschluss verringern wollen.

CHRISTOPH MATSCHIE

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion

Die SPD-Fraktion wünscht
frohe Weihnachten!



Pidde: Pensionslasten des Landes prüfen

Eine unverantwortliche, lediglich von kurzfristigen Überlegungen geprägte Verbeamtungspraxis wirft der Finanzpolitiker Dr. Werner Pidde der Thüringer Landesregierung vor. „Die Landesregierung hat das Instrument der Verbeamtung jahrelang allein dazu benutzt, um kurzfristig Einsparungseffekte zu erzielen - nun muss sich niemand über die explodierenden Pensionslasten wundern“, sagte Pidde.

Die SPD-Fraktion habe der in Thüringen praktizierten Verbeamtungspraxis immer kritisch gegenüber gestanden und vor künftigen Lasten gewarnt. Mit dem vagen Verweis auf die zu erwartende Besserung der finanziellen Lage hätten jedoch sowohl die Landesregierung als auch die CDU-Fraktion alle Warnungen ignoriert. „Die nun beklagte drastische Steigerung der durch das Land zu zahlenden Pensionslasten war vorhersehbar“, so der Finanzpolitiker.

Pidde forderte die Landesregierung auf, dem Thüringer Landtag im Zweijahresturnus einen Pensionslastenbericht vorzulegen, der auf die Entwicklung der Versorgungslasten, einschließlich der Lasten für die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme der ehemaligen DDR, einget.

Neuer Vorstoß für mehr Demokratie auf Gemeindeebene

Die Fraktionen von SPD und PDS haben dem Landtag im letzten Plenum im Auftrag des Bündnisses für Mehr Demokratie in Thüringen einen Gesetzentwurf für mehr direkte Demokratie auf kommunaler Ebene vorgelegt. Danach sollen die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene entscheidend gesenkt werden. Ralf-Uwe Beck, der Sprecher des Bündnisses,

machte deutlich, dass sich die sehr viel liberaleren Regeln im Nachbarland Bayern hervorragend bewährt hätten. Es könne keine Rede von der immer wieder heraufbeschworenen Gefahr der „Diktatur der Minderheit sein.“ Heike Taubert, die für die SPD-Fraktion die Erarbeitung des Gesetzentwurfes begleitete, unterstrich die große Chance, die in einer größeren Beteiligung der Bürger an den Entscheidungen vor Ort mit sich bringe. „Wenn die Politiker nicht auf die



Heike Taubert (SPD-Fraktion), Ralf-Uwe Beck, Sprecher des Bündnisses für mehr Demokratie, und Dieter Hausold (PDS-Fraktion) stellten den Gesetzentwurf vor.

Bürger zugehen, dann müssen sie damit rechnen, dass die Bürger von den Politikern weggehen.“ Taubert sprach sich zudem dafür aus, die Bürger auch an schwierigen Entscheidungen, wie zum Beispiel an Satzungen, zu beteiligen. Allerdings müssten sie dann auch Deckungsvorschläge bei entstehenden finanziellen Lücken machen. „Wir hoffen auf eine fruchtbare Diskussion“, sagte sie mit Blick auf die CDU, die sich jetzt mit dem Gesetzeswerk auseinandersetzen muss.

Flughafen-Thema noch nicht erledigt

Für nicht ausreichend hält die SPD-Fraktion das Bemühen der Landesregierung, Licht in den Skandal um den Erfurter Flughafen zu bringen. Nach wie vor sieht die Fraktion Handlungsbedarf bei der Kontrolle von Unternehmen mit Landesbeteiligung.

Mobbing-Vorwürfe, nach oben frisierte Passagierzahlen - dies sind nur zwei Vorkommnisse, die laut Zeugenaussagen auf dem Erfurter Flughafen gang und gäbe waren. Mehrere Mitarbeiterinnen der Flughafen GmbH machten diese Zustände im Herbst dieses Jahres öffentlich - mittlerweile wurde ein Schiedsmann eingeschaltet, der zwischen Flughafenleitung und Mitarbeitern vermittelte.

Sabine Doht, die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, sieht dennoch keinen Anlass zu Entwarnung, denn: „Fast alle Vorwürfe der zurückliegenden Wo-

chen stehen nach wie vor im Raum“, so die Abgeordnete. Weder sei abschließend geklärt worden, wie es zu den voneinander abweichenden Passagierzahlen kommen konnte. Noch seien die

Vorwürfe gegen den Chef der Flughafen GmbH, Ballentin, wegen Vetternwirtschaft und persönliche Bereicherung entkräftet worden. Zeit zu handeln, meint Doht und erinnert an den Antrag der Fraktion von Anfang September, in dem die Beurlaubung des Flughafenchefs gefordert worden war. Geschehen sei allerdings nichts: Die Landesregierung schaue dem Treiben auf dem Flughafen, der zu 95 Prozent dem Land gehört, offenbar ungerührt zu. Damit schade sie dem Land und gefährde seine Entwicklung als Tourismus-Standort. Handlungsbedarf sieht die Fraktion aber



Sabine Doht

auch an anderer Stelle, und zwar bei der Kontrolle solcher Unternehmen mit Landesbeteiligung. Mit einem Antrag Anfang September beauftragte die Fraktion die Landesregierung zu klären, ob mit den Millionen des Landes bei dieser Art der Förderung wirtschaftlich umgegangen wird und wurde und welche Art der Kontrolle existiert. Auch das Thema Interessenkollision wurde mit dem Antrag wieder auf den Plan gerufen, sind doch nicht nur bei der Flughafen GmbH Vertreter der Landesregierung in den jeweiligen Aufsichtsräten.

Jetzt liegt die Antwort vor, die laut Doht „absolut unbefriedigend“ ist. Weder die gefälschten Passagierzahlen noch die Mobbing-Vorwürfe werden in der Antwort angesprochen, und auch ansonsten seien die Auskünfte zur Problematik mehr als dürftig. Doht kündigte an, dass sie das Thema weiter im Auge behalten werde.

Thüringen protestierte gegen Familienoffensive

DEMONSTRATION AM 8. DEZEMBER VOR DEM LANDTAG: ALTHAUS SOLL PROJEKT STOPPEN

Mit Aktionen in zahlreichen Thüringer Städten und einer zentralen Demonstration vor der Erfurter Staatskanzlei haben Hunderte Thüringer am 7. November gegen die so genannte Familienoffensive der Thüringer Landesregierung protestiert. Die Aktionen in den Städten reichten von schwarz verklebten Scheiben in Kindergärten bis hin zu Talk-Runden von Eltern, Erziehern und Politikern. Zudem fanden in vielen Städten Unterschriftenaktionen, Lampnumzüge und Sternmärsche statt, so zum Beispiel in Jena, Pößneck, Waltershausen und Heiligenstadt.

SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie forderte unterdessen Ministerpräsident Althaus erneut auf, seine so genannte Familienoffensive sofort stoppen. „Im Ergebnis der Koalitionsverhandlungen ist jetzt klar, dass die Familienförderung auf Bundesebene komplett umgestellt wird. Deshalb darf jetzt in Thüringen auf keinen Fall eine Entscheidung zur Umsetzung der umstrittenen Familienoffensive fallen“, sagte Matschie. In Anlehnung an das SPD-Konzept sollen Eltern bis zum ersten Geburtstag des Kindes ein Elterngeld von etwa 80 Prozent des bisherigen Einkommens erhalten. Damit würden drastische Einkommenseinbußen nach der Geburt eines Kindes bei



Kindergartenkinder aus Erfurt besuchten auf Einladung von Andreas Bausewein (hinten, Bildmitte) den Landtag. Christoph Matschie (links neben Bausewein) begrüßte die Kleinen mit seinem Fraktionskollegen.

Familien künftig verhindert.

„Wenn diese Regelung so umgesetzt wird, dann muss die Thüringer CDU ihre bisherigen Pläne aufgeben, da sie nicht zu den Vorstellungen auf Bundesebene passen. Die Länder müssen dann alle Kraft darauf konzentrieren, ein ausreichendes Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ab einem Jahr zur Verfügung zu stellen. Denn: Eltern müssen die Chance haben, nach einem Jahr Babypause wieder in den Beruf einzusteigen.“

Die bisherigen Pläne von Althaus würden aber zu einer drastischen Kürzung der Gelder für den Betrieb von Kindergärten und damit zu einem deutlichen Abbau von Kindergartenplätzen und Erzieherinnenstellen führen. Vielen kleinen Kindergärten in den ländlichen Regionen droht sogar das Aus. Die überwiegende Zahl der Mütter und Väter will berufstätig sein. Und dafür müssen in Thüringen die Voraussetzungen geschaffen und erhalten werden“, so Matschie.

Auf der Suche nach effizienten Strukturen

Auf Betreiben der SPD-Fraktion gibt es jetzt eine Enquetekommission für eine Verwaltungs- und Gebietsreform im Landtag. Für die SPD sind Heike Taubert, Sabine Doht, der ehemalige Landtagsabgeordnete Volker Schemmel sowie Anne Voss von der Gewerkschaft „ver.di“ Mitglieder.

Die Enquetekommission für eine Verwaltungs- und Gebietsreform in Thüringen kann ihre Arbeit aufnehmen: Mit ihrer Konstituierung im letzten Plenum ist der Grundstein für eine erfolgreiche Arbeit gelegt worden. Erstes Vorhaben der Kommission ist ein Bericht über das Vorgehen bei der Realisierung

einer solchen Reform und die Prüfung der vorhandenen Strukturen. Er soll im November kommenden Jahres vorgelegt werden.

Der Enquetekommission waren monatelange Vorbereitungen und Blockaden durch die CDU-Fraktion vorausgegangen, bevor die Kommission auf Antrag der SPD-Fraktion im Juni 2005 ins Leben gerufen worden war. Ihr gehören elf Abgeordnete und ebenso viele Fachleute an. Die Kommission sollte die Strukturen im Land auf „Herz und Nieren“ prüfen, begründete Matschie seinerzeit den Antrag der Fraktion. Zugleich sollen die veränderten Rahmenbedingungen wie sinkende Einnahmen und Bevölkerungsrückgang

analysiert werden. Ziel seien brauchbare Empfehlungen für die Schaffung effizienter Strukturen.

Ungeachtet dessen verschließt sich die Landesregierung offiziell einer solchen Reform: Vor 2012 werde nichts in dieser Richtung geschehen, sagte CDU-Generalsekretär Mike Mohring noch im Juli 2005. Eine andere, überraschend deutliche Sprache spricht dagegen Rechnungshofpräsident Dietz im diesjährigen Bericht des Rechnungshofes: Um die enorme Verschuldung Thüringens zurückzuführen, sei eine Verwaltungs- und Gebietsreform zwingend notwendig, so Dietz bei der Vorstellung des Rechnungshofberichtes.

Thüringenquiz: 1. Preis nach Gotha



Nicht klagen konnte die SPD-Fraktion am „Thüringen-Tag“ im Oktober in Meiningen über mangelnden Besucherandrang. Abgeordnete und Mitarbeiter der Fraktion hatten an den drei Tagen jede Menge zu tun, so viel Interesse an der Arbeit der Fraktion angemessen zu würdigen. Mehr als 1000 der begehrten Thüringenkarten gingen beispielsweise über die Theke des Fraktionsstandes. Aber auch das Quiz „Rund um den Thüringer Landtag“ stieß auf großes

Interesse: 80 Besucher aus allen Teilen Thüringens beteiligten sich.

Hier die Gewinner:

1. Preis (ein Essen mit Familie mit dem Abgeordneten aus ihrem Wahlkreis): Sieglinde Gernoth, 99867 Gotha-Sundhausen
2. und 3. Preis (je ein Fraktionsplüschlöwe): Mario Bohn, 98634 Wasungen und Aline Sieber, 98587 Oberschönau.

Befund von PISA-E für Döring „erschreckend“

Als „deutliches Warnzeichen“ bezeichnet Hans-Jürgen Döring, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, die Aussagen des neuen nationalen PISA-Berichts zu den Bildungschancen sozial schlechter gestellter Kinder in Thüringen. Der kürzlich veröffentlichten, so genannten PISA-E-Studie zufolge hat ein Kind aus höheren Bildungs- und Einkommenschichten in Thüringen bei gleichem schulischem Kompetenzniveau eine mehr als dreimal so große Chance ein Gymnasium zu besuchen wie das Kind eines Arbeiters. Für Döring ist nicht allein dieser Befund erschreckend. Er verweist auch auf die Tatsache, dass vor wenigen Jahren, bei der internationalen Grundschulstudie IGLU, die

Chancenungleichheit zwischen einem Oberschichten- und einem Arbeiterkind in Thüringen noch mit dem Faktor 2,3 bewertet wurde. „Hier hat sich innerhalb eines kurzen Zeitraums eine deutliche Tendenz zu noch größerer sozialer Ungerechtigkeit des Thüringer Schulsystems ergeben“, sagte der SPD-Bildungsexperte.

Döring sprach sich deshalb erneut für die Einführung längeren gemeinsamen Lernens bis einschließlich Klasse 8 aus. Nach seiner Ansicht weisen integrative Schulmodelle anderer Staaten erheblich geringere soziale Verwerfungen auf als das gegliederte Schulwesen in Deutschland. Neben strukturellen Veränderungen fordert Döring auch inhaltliche Verbesserungen in den Kindergärten und an den Schulen.

Zufluchtsstätten: Gelder nicht kürzen!

Die Rücknahme der vorgesehenen Kürzungen bei den Frauenhäusern und -schutzwohnungen sowie die Beibehaltung des Zuschusses für die Gewaltkonfliktberatungsstellen fordert die SPD-Frauenpolitikerin Antje Ehrlich-Strathausen. Anlässlich des internationalen Aktionstages der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November fordert sie die Landesregierung auf, Frauenhäuser und Konfliktberatungsstellen auch weiterhin in vollem Umfang zu fördern. Dies habe die Landesregierung vor einem Jahr zugesagt.

Senioren präsentierten Fotografien



„Kunst voll im Gang“ heißt eine Ausstellungsreihe der SPD-Fraktion, die mittlerweile schon zur Tradition geworden ist. Zuletzt waren Fotografien von Erfurter Senioren auf der Etage der SPD-Fraktion im alten Landtagsgebäude zu sehen. Die „Alten Fotohasen“ existieren seit Mitte der 90-er Jahre und sind aus dem Verband der Senioren und Vorruheständler hervorgegangen. Hier ein Bild von der Ausstellungseröffnung im November - links im Bild die aus Greiz stammende Abgeordnete Heike Taubert mit Mitgliedern der Fotogruppe.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Uwe Höhn, Parlamentarischer Geschäftsführer;
Satz: GUM-Werbung, Erfurt; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt
Redaktionsschluss: 25.11.2005

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren.

Nicht für Parteizwecke und Werbung!